

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin über bei direktem Postweg ohne Postgebühren monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Schriftband 4,50 M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Druckerei: Kurt Roden 2095 und 2096.

Interate haben die abgehende Postzeitung über dem Namen 1,20 M., Wochenpreis das festgesetzte Wort 90 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leserspruch 90 Pf. Familien- und Vereinstellungen sind der Zeitung frei. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Druckerei: Kurt Roden 2095.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An das Proletariat Berlins!

Vor entscheidenden Tagen steht das deutsche Volk. Die Lebensbedingungen der Entente haben einen Entschlissungsraum der bürgerlichen Schichten hervorgerufen, der mit jedem Tag seine wahren Absichten deutlicher enthüllt. Diejenigen zernern jetzt am lautesten über den „Gewaltfrieden“, die die größte Schuld daran tragen, daß das deutsche Volk jetzt büßen soll, was seine herrschenden Schichten an Schuld auf sich geladen haben. Mit frecher Stirn leugnen sie jede Schuld, entrüsten sich mit den härtesten Ausdrücken gegen den Gewaltfrieden, den sie selbst den anderen auferlegen wollten und fordern die Ablehnung der Friedensbedingungen.

Schlüsslos schwankt die Regierung hin und her. Weder sie noch die rechtssozialistische Partei vermag sich in dieser Frage zu einer klaren und deutlichen Stellungnahme aufzuschwingen. Geseffelt durch ihre unselbständige Politik, durch ihre Abhängigkeit von den Militaristen und Kapitalisten kann und will sie dem nationalsozialistischen Entschliss kein entschiedenes Halt entgegenstellen. Zwar gilt ihr bereits ausgesprochenes „Annehmbar“ nur den Friedensbedingungen der Entente, wie sie jetzt vorliegen, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß ihre unentschiedene Haltung sie zu Gefangenen der Nationalisten gemacht hat und sie immer weiter dem Abgrund zutreibt, in den das deutsche Volk gerissen wird, wenn die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt wird und ein neuer Krieg beginnt. Die Worte, die Oberlöffel gestern in seinen verschiedenen Ansprachen gebraucht hat, zeigen, daß die Regierung jetzt bereits die Sekster nicht mehr los wird, die sie selbst gerufen hat.

Gegen diese frevelhafte Politik muß das arbeitende Volk Berlin den allerentschiedensten Einspruch erheben. Es muß zeigen, daß die ungeheure Mehrheit auch der Bevölkerung Berlins nicht willens ist, sich in neue Abenteuer stürzen zu lassen.

Diejenigen, die die Ablehnung des Friedensvertrages fordern, haben uns bisher nicht gesagt, was sie davon erhoffen. Der Gedanke, daß die Nichtunterzeichnung den sofortigen Ausbruch der Weltrevolution zur Folge haben könne, ist unsinnig. Wohl aber wissen wir, daß der Friedensvertrag in seiner gegenwärtigen Form so starke Reime der Zerlegung enthält, daß seine Revision früher oder später unausweichlich wird. Die ökonomischen Interessen des Proletariats in den Ententeländern werden dafür sorgen, daß die Stunde kommt, in der diese Fessel dem deutschen Volk abgenommen wird.

Die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages aber beschwert die ungeheuerlichsten Folgen auf das deutsche Volk herab. Hungersnot und Massenarbeitslosigkeit würden die verheerendsten gesundheitlichen und wirtschaftlichen Wirkungen ausüben. Jeder Widerstand gegen die Entente ist unmöglich. Die Nichtunterzeichnung jetzt würde die Unterzeichnung in einigen Wochen unter wahrscheinlich viel härteren Bedingungen zur unausweichlichen Folge haben.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist deshalb notwendig. Sie bedeutet nicht das Einverständnis mit seinen Bedingungen, sondern sie erfolgt, weil das deutsche Volk durch einen mehr als vierjährigen Krieg erschöpft, den Friedenszustand zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft, als Vorbedingung für seine Lebensmöglichkeiten dringend gebraucht. Wir unterschreiben, weil wir gewungen sind, in der Erwartung, daß die Proletarier aller Länder uns in seiner Bekämpfung durch die Weltrevolution unterstützen werden.

Arbeitendes Volk von Berlin!

Es gilt, die Gefahren zu erkennen, in die uns der nationalsozialistische Entschliss zu stürzen droht. Es gilt, in einer gewaltigen Massenkundgebung darzutun, daß das Proletariat Berlins nicht gewillt ist, sich für irgendwelche nationalsozialistischen Zwecke mißbrauchen zu lassen. Auch wir wollen auf die Straße gehen und wir

wollen zeigen, daß hinter uns die werktätige Bevölkerung Berlins steht. Wir, die wir unter der Verlängerung des Kriegszustandes, der Blockade, der Hungersnot, dem Massenelend am meisten zu leiden hätten; wir müssen zeigen, daß die Nationalisten nur eine verschwindende Minderheit darstellen.

Erscheint deshalb alle am Mittwoch abend 5 Uhr im Lustgarten! Gestaltet die Kundgebung der U. S. V. D. zu einer Kundgebung gegen den Nationalismus, für den Sozialismus, gegen den Gewaltfrieden und für die Weltrevolution!

Der Friedensentwurf ein schwankendes, morsches Gebäude.

Verfaßtes, 17. Mai.
W. T. S. meldet: Der Artikel, den Marcel Sembat in seiner Zeitung „L'Heure“ heute veröffentlicht, gibt den Eindruck über die Friedensfrage für Frankreich eine neue Wendung. Sembat weist darauf hin, daß die Vorkriegspolitik, welche die französische Regierung jetzt betreibt, nur zum Schaden Frankreichs beibehalten werden könne. Er fragt: Wo ist Rußland? Rußland ist abwesend — wir es immer abwesend sein? Ohne Rußland kein Europa. Ob man will oder nicht, Rußland ist da. Der Friedensentwurf stellt es an die Seite Deutschlands. Deshalb muß ein ungeheures Polen errichtet werden, das den Osten Europas beherrschen soll. Dieses Polen muß so mächtig sein, daß es Deutschland in Schach halten kann, es soll eine unüberwindliche Schranke zwischen Deutschland und Rußland bilden. Ohne Wahl werden deshalb Polen angesetzt: Litauer, Ukrainer, Tschechen, Russen und Deutsche. Nach Ansicht Sembats kann dies nur herbeigeführt sein, denn sobald Rußland erwache und die Barrieren der Polen zerstöre, werde es sie niederreißen. Das Polen der Entente müsse den Frieden Europas bedrohen. Deutsche und Russen müßten sich eines Tages gegen Westeuropa wenden, doch sei der Friedensentwurf ein schwankendes morsches Gebäude, das bald zusammenstürzen müsse.

In seiner Nebenabgabe stellt auch der „Temp“ eine ähnliche These auf und sagt, man brauche Rußland, um Frieden zu schließen; aber das offizielle Organ kommt zu anderen Ergebnissen wie Sembat. Es verlangt Anerkennung der Regierung des Admiral Kollschak und wählt für dessen Unterthron, damit er mit starker Geesgewalt die Bolschewistenregierung niederrennen kann.

Der Protest der englischen Arbeiter.

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)
Amsterdam, 17. Mai. Das rechtssozialistische englische Wochenblatt „New Statesman“ erklärt, Frankreich verheere sich die moralische Unterstützung der englischen und amerikanischen Demokratie, indem es an den geforderten Bürgschaften festhält, Deutschland 30 Jahre schuldig macht und den Kriegszustand 15 Jahre fortsetzt.
„Manchester Guardian“ kündigt einen Aufruf der Gewerkschaften an, der zur Nichtteilnahme an der Siegesfeier und zur Abhaltung eigener Demonstrationen gegen den an den Arbeitern im Friedensvertrag verübten Betrug auffordert.

Wie wir bereits vor einigen Tagen mitteilten, unterliegen alle Telegramme für die „Freiheit“ einer militärischen Zensur, so daß wir erst mit einer Verspätung von mindestens 24 Stunden in ihren Besitz gelangen. Die Unterzeichnung unserer Zeiter über die so ungemein wichtigen Vorgänge bei den englischen und französischen Arbeitern ist uns dadurch unangenehm erschwert. Trotzdem: wir haben keine Zensur, wir leben im freiesten Staat der Welt!

Kriegszustand zwischen Rußland und Rumänien.

Amsterdam, 18. Mai.
Das Deutsche Bureau meldet, daß die Russen ein Ultimatum an Rumänien gerichtet haben. Beide Länder befinden sich im Kriegszustand.

Gegen die außerordentlichen Kriegsgerichte.

Von Kurt Voenheim.

Im Moskiter Kriminalgerichtsgebäude hat das außerordentliche Kriegsgericht. Am Richterlich ein Vandalenrichterdirektor als Vorsitzender, ein Vandalenrichterdirektor und ein Hauptmann als Richter. Der Angeklagte, Arbeiter, Sozialdemokrat, ist der Weibliche zum Aufrubr angeklagt. Er soll bei den Kämpfen in Vichienbera den Widerstand gegen die Kaiserarmeen unterstützt haben. Der Staatsanwalt beantragt 5 Jahre Zuchthaus. Bergeblisch plädiert der Verteidiger auf Freisprechung, da eine Teilnahme des Angeklagten nicht erwiesen ist. Das Gericht verkündet das Urteil: 3 Jahre Zuchthaus.

Aufruf der nächsten Sache. Der Angeklagte wird abgeführt, um nach einigen Tagen in das Zuchthaus überführt zu werden.

Taa für Taa stehen seit Monaten Arbeiter, frühere Parteigenossen der sozialistischen Minister als Angeklagte vor den außerordentlichen Kriegsgerichten. Bei den Berliner Unruhen, die Anfang März d. J. stattfanden, sind Tausende von Arbeitern verhaftet worden, die vor den außerordentlichen Kriegsgerichten den härteren Kampf um ihr Recht, um ihre Freiheit kämpfen müssen. Die Anklage ist immer die gleiche: Aufrubr, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Weibliche zu beiden Delikten, in einigen Fällen Verteilung von Soldaten zur Untreue. Die Tat selbst ist rein politischen Beweggründen entsprungen. Ihre Beurteilung, ihre Verurteilung, das Strafmaß, all dies hängt von der Häufigkeit des Gerichts ab, sich in die Seele der Massen, in ihre Ruas, ihre Ziele hineinzufühlen.

Die Stellung des Gerichts zur Revolution findet notwendigerweise im Urteil des Gerichts seinen Niederschlag. Darum mußte die Regierung, in der in der Mehrzahl Sozialdemokraten sitzen, zum wenigsten da, wo es sich um politische Delikte handelt, das Erfurter Programm, das ja auch ihr Programm ist, durchführen. Sie mußte die Angeklagten vor ein Volksgericht stellen. Volksrichter müßten über politische Vergehen urteilen. Die Regierung erfüllte diese Forderung nicht. Während sie aber im Januar bei den Spartakusprozessen sich wenigstens auf den Boden des bürgerlichen Rechtsstandes stellte, während sie damals die ordentlichen Gerichte über Verhandlungen, die sie selbst im November strahllos beantragen hatte, aburteilen ließ, brach sie im März auch mit dem bürgerlichen Rechtsstand und stellte sich vollkommen auf den Boden des Militärischen. Gestützt auf den Belagerungszustand, der ihr allein als sichere Grundlage ihrer bedrohten Macht diente, lieferte die Regierung die Freisprechung den außerordentlichen Kriegsgerichten aus. Offiziere, Berufsbeamte, die ihrer Einkommensweise nach den Angeklagten im politischen Prozesse nicht unparteiisch gegenüberstehen können, wurden die Richter über ihre politischen Geanten.

Und das Unrechtlichste: Mit dem Spruch des außerordentlichen Kriegsgerichts ist das Verfahren ein für allemal zu Ende. Es gibt keine Berufung, keine Revision. Von der Spruch des außerordentlichen Kriegsgerichts hundertmal ein Fehlurteil, mag die Rechtsaufklärung unzulässig sein, der Angeklagte hat nicht das Recht, ein überausordentliches Gericht zur neuen Entscheidung anrufen. So, selbst die Wiederaufnahme des Verfahrens ist nicht zulässig. Bei jedem ein Zeug vor Gericht einen Meineid schwören, findet der Angeklagte nach seiner Verurteilung keinen, Me sein Mißli für die Zeit der Tat einwandfrei nachweisen können, das Urteil des außerordentlichen Kriegsgerichts ist nicht aus der Welt zu schaffen.

Vor den außerordentlichen Kriegsgerichten ist der Bekundete rechtlos. Die Strafprozedur, auf die sich im Verfahren vor den ordentlichen Gerichten die Rechte des Angeklagten ausüben, gibt nicht vor den außerordentlichen Kriegsgerichten. Hier ist der Satz des Verfahrens, die And die Befugnisse des Angeklagten völlig in das Ermessen des außerordentlichen Kriegsgerichts gestellt. Seine Rechtsloshheit beginnt schon im Augenblick seiner Verurteilung. Nach der Strafprozedur, im Verfahren vor den ordentlichen Gerichten kann die Verurteilung nur erfolgen, wenn ein schriftlicher Befehl des Richters vorliegt, der genau die Tat und das Strafgesetz, gegen das ein Verstoß vorliegt,

